

Herr Lienesch fragte, ob diese Beschlussfassung zwingend notwendig sei, da durch das Land NRW eine ‚Geldregen‘ in Höhe von 1,4 Mio. EUR auf die Stadt zukommen werde.

Der Bürgermeister erklärte, dass es sein Verständnis sei, dass wie hier in der Vorlage vorgeschlagen beschlossen werden müsse. Dennoch würde die Stadtkämmerin um Einschätzung gebeten.

Frau Seidl erklärte, dass die Unterkünfte am Bauhof für Obdachlose Personen genutzt und nicht ausschließlich für Geflüchtete. Daher komme man zu der Einschätzung des die genannten finanziellen Mittel von höheren Stellen hier nicht verwendet werden können. Ein Teil könne ggfls. für die Unterbringung an einem Objekt ‚An der Ziegelei‘ verwendet werden.

Herr Metz bemerkte, dass dieses Geld zu einem Teil Bundesmittel und zu einem anderen Teil Landesmittel seien. Es würde appelliert, dass hier wie vorgelegt der Eilbeschluss gefasst werden solle, da noch nicht klar sei, wann die Landes- und Bundesmittel kassenwirksam werden würden.

Der Bürgermeister unterstrich die Ausführungen von Herrn Metz und sagt, dass man hier Rechtssicherheit brauche.

Frau Bergmann-Gries bemerkte, dass dies fast eine Verdoppelung des Kostenrahmens darstelle, der im Sozialausschuss genannt worden sei. Es würden hier Marktmechanismen greifen, die die Kommunen ‚abzocken‘ oder ausnehmen würden. Zudem sei zu befürchten, dass dies immer noch nicht auskömmlich sein könnte, im Hinblick vor den kriegesischen Konflikten in der Welt. Weiterhin sei es zunehmend schwierig den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass es hier zu derartigen Steigerungen von Kosten bei einem Objekt komme und es ebenfalls sehr schwer zu vermitteln wäre, wenn bspw. Turnhallen für die Unterbringung geschlossen werden müssten. Vielleicht müsse man als Politik und Verwaltung gemeinsam an die Öffentlichkeit gehen müsste. Zudem stelle sich die Frage, was die Perspektive für 2024 im Hinblick auf Geflüchtete und Obdachlose.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Verwaltung, hier insbesondere Fachbereich 4, in einer Videokonferenz unter der Teilnahme von verschiedenen anderen Hauptverwaltungsbeamten darauf vorbereitet worden sei, dass noch einiges auf die Kommunen zukommen würde. Die Herausforderung für die Kommunen würde nicht kleiner werden.

Frau Jung sagte, dass nicht sicher gesagt werden könne, was die Zukunft brächte. Es würde Frau Bergmann-Gries beigepflichtet. Geflüchteten müsse geholfen werden. Dennoch könne festgestellt werden, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung sinke, wenn Infrastruktur in der Stadt wie Unterbringungsmöglichkeiten oder Schwimmbäder nicht mehr genutzt werden könnten.

Der Bürgermeister unterstrich, dass es das klare Ziel der Stadt sei, dass es eben nicht dazu komme, dass Turnhallen geschlossen werden müsse.

Frau Jung sagt, dass Herr Gleß in der Vergangenheit in einer Flüchtlingskrise bereits schon verhindert hat, dass es zur Schließung von Turnhallen gekommen sei.

Herr Schmitz-Porten appellierte, dass für den Fall dass es doch zu der Schließung einer Turnhalle kommen sollte, dann solle die Schiffsstraße dafür nicht genutzt werden.

Der Bürgermeister sagte, dass Sorgen, dass Turnhallen belegt werden könnten gedämpft werden können. Dies sei allerdings auch nicht gänzlich auszuschließen.

Herr Lienesch sagte, dass der Bund 224.000 EUR und das Land NRW 1.150.000 EUR als jeweiligen Anteil den oben genannten Mitteln beisteuere. Dies solle hier zur Information noch ergänzt werden.